

## Editorial

Nach dem Ende des Wettstreits der Systeme scheint die Frage angebracht, was Sozialpolitik heute soll und kann. Das vorliegende Heft konzentriert sich auf die Schwierigkeiten, die sich mit ihrer Neuschaffung in den postkommunistischen Gesellschaften ergeben. Die Untersuchung dieser extremen Situation wirft Licht auch auf die Probleme westlicher Sozialpolitik.

Der Idee der Freiheit und dem Ideal des Wohlstands setzte der Kommunismus die Idee der sozialen Gerechtigkeit entgegen. Man kann den Ausbau des Wohlfahrtsstaats in den westlichen Nachkriegsgesellschaften auch als Annahme dieser Herausforderung interpretieren. Stellen heute, nachdem mit dem Kommunismus der Versuch gescheitert ist, soziale Gerechtigkeit auf Kosten der Freiheit und gegen die Logik des Marktes zu verwirklichen, die westlichen Varianten der Sozialpolitik Modelle für ihre Rekonstruktion in den postkommunistischen Gesellschaften dar?

Ein Problem besteht darin, daß dort der Übergang zur Marktwirtschaft nicht nur die alten Strukturen sozialer (Schein-)Sicherheit größtenteils zerstört, sondern auch enorme zusätzliche soziale Kosten mit sich bringt, ohne daß einstweilen ausreichende Mittel zur Schaffung und Unterhaltung neuer wohlfahrtsstaatlicher Strukturen zur Verfügung stehen.

Oder, wie Jacek Kuron, Mitbegründer der *Solidarnosc* und heute polnischer Minister für Arbeit und Soziales, schreibt: »Wir wissen inzwischen, daß es keine Freiheit ohne Markt gibt. Aber die Wirklichkeit der letzten Jahre hat uns brutal belehrt, daß der Markt nicht gleichbedeutend mit Freiheit ist. Die Mehrzahl der Menschen in Polen ist zu arm, um die Freiheit in Anspruch zu nehmen, die der Markt mit sich bringt.«

Hinzu kommt, daß der von der Wirklichkeit enttäuschte Blick sich zunehmend nostalgisch auf die verlorenen sozialen Segnungen der alten Ordnung zurückwendet; daß sie oft fiktiv waren und ihr Preis hoch, wird vergessen. Und der Blick nach Westen idealisiert ebenfalls: Auch der Sozialstaat westlichen Typs ist mit abnehmender Prosperität heute in Schwierigkeiten geraten.

Können, wie Kuron vorschlägt, Dezentralisierung und Selbstorganisation der Wohlfahrt zur Überwindung der Krise der bisherigen Modelle sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit beitragen? Nach dem Untergang der alten Weltordnung, in einer Zeit, da allenthalben das Ende der Utopie

verkündet wird, beschwört Kuron noch einmal die universale Idee der sozialen Gerechtigkeit als letzte Chance für eine in Partikularismen zerfallende Zivilisation. Er plädiert für eine Vielfalt kleiner Utopien, die in eine große soziale Bewegung münden.

Die hier versammelten Analysen nehmen die von Kuron thematisierte Problematik der Neuschöpfung der Wohlfahrt aus politologischer, soziologischer und ökonomischer Perspektive auf. Auf den sozialpolitischen Traum des Politikers reagieren die Wissenschaftler – naturgemäß – skeptisch. Den Tenor der Kritik könnte man so zusammenfassen: In Gesellschaften, in denen der Staat diskreditiert ist, die Bürgergesellschaft sich noch in Rekonstruktion befindet und die politische Landschaft sich erst ausdifferenziert, liegt der Rückgriff auf »Selbsthilfe« nahe. Wie verdientvoll diese einerseits in Zeiten der Krise (oder des Widerstands) auch sein mag und wie nützlich andererseits als Waffe gegen die Ungerechtigkeit des Marktes oder gegen die Übermacht der Bürokratie – es stellt sich die Frage, inwieweit Selbsthilfe über solche Ausnahmesituationen bzw. Korrekturfunktionen hinaus eine Geltung als Gegenmodell beanspruchen kann; anders gesagt, inwieweit der Wohlfahrtsstaat durch eine Wohlfahrtsgesellschaft ersetzt werden kann.

Die Vision eines Dritten Weges ist in den postkommunistischen Gesellschaften immer noch lebendig, konstatiert Hans-Jürgen Wagener. In Polen etwa gibt es eine spezifische Mischung aus antikapitalistischem Syndrom und Skepsis gegenüber dem Staat. Die Gründe für die Aversion gegen den freien Markt liegen, so Aleksander Smolar, »einerseits in der Erbschaft des Sozialismus, im Egalitarismus der *Solidarnosc*, in der authentischen Tradition der Arbeiterselbstverwaltung, andererseits in der Skepsis des traditionellen polnischen Katholizismus gegenüber dem freien Markt, dem Kapitalismus, der liberalen Konzeption der Freiheit.« Die Aversion gegen den Staat entspringt natürlich der Erfahrung der letzten vier Jahrzehnte. Daher spricht Smolar von der Notwendigkeit sowohl einer Restitution der vom Kommunismus delegitimierten Ungleichheiten der kapitalistischen Ordnung als auch einer Relegitimierung des (Wohlfahrts-)Staates.

Ira Katznelson liest Kurons Appell vor der Folie einer 1938 erschienenen programmatischen Untersuchung des Historikers Elie Halévy, die im »Zeitalter der Tyrannen« die liberale und die sozialistische Tradition wieder miteinander zu verknüpfen sucht. Trotz des unterschiedlichen historischen Kontextes gibt es frappante Analogien zwischen beiden Ansätzen. Was die politische Umsetzung betrifft, bleibe, meint Katznelson, Kuron allerdings zwiespältig, insbesondere hinsichtlich der Rolle des Staates. Darüber hinaus würde erst die Einbeziehung der politischen Parteien Kurons Modell funktionsfähig machen.

Claus Offe verweist in seiner umfassenden Analyse der Wohlfahrtspro-

blematik im »Neuen Osten« auf die Ausbildung von starken assoziativen Strukturen bzw. von Kollektivakteuren als unabdingbarer Voraussetzung für Sozialpolitik in postkommunistischen Gesellschaften. (Er merkt an, daß diese Strukturen heute umgekehrt in den »postmodernen« Gesellschaften westlichen Typs Auflösungserscheinungen zeigen. Vielleicht ein Grund für die merkwürdige und ambivalente Renaissance regionaler, ethnischer, tribaler kollektivbildender Identitäten in beiden Gesellschaftstypen.)

Auch Freeman zeigt gegenüber Kurons Vorschlägen Skepsis, wendet diese aber schließlich gegen die eigene Theorie: »Der Zusammenbruch des Kommunismus hat uns gezeigt, was nicht funktioniert. Aber wer weiß schon, was funktioniert, wenn eine Gesellschaft über den Abgrund der Übergangsperiode hinweggeführt wird.«

Keinem Zweifel unterliegt offensichtlich Kurons Warnung, daß die Länder des ehemaligen Ostblocks mit ihrem sozialen Sprengstoff für den Westen heute eine ungleich größere Bedrohung der politischen Stabilität darstellen als vorher. Die dramatischen sozialpolitischen Probleme der »Rückkehr nach Europa« sind so unmittelbar auch Probleme der glücklicheren Hälfte des Kontinents. Die reicheren Gesellschaften täten gut daran, den ärmeren nach Kräften zu helfen.

Das Thema »Vergangenheiten« nimmt das des zweiten Heftes von *Transit* wieder auf – die »Rückkehr der Geschichte«. Europa hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg, so der Historiker Tony Judt in seinem Essay, eine zutiefst falsche Identität verschafft: Sie beruht – quer durch den Kontinent – auf Vergessen, Verdrängen oder Verklären der Vergangenheit. Schon wenige Jahre nach Kriegsende wurde im Zuge des zukunftsorientierten Aufbaus eines neuen Europa – integrierte Marktgemeinschaft im Westen, gesellschaftliche Revolution im Osten – die Vergangenheit zum Hindernis und Störfaktor: Sie wurde daher neutralisiert oder eliminiert, in Mythen umgebogen oder tabuisiert.

»Die Art und Weise, wie die offiziellen Versionen von der Kriegs- und Nachkriegszeit sich in jüngster Zeit aufgelöst haben, läßt meines Erachtens auf ungelöste Probleme schließen, die den Kern der derzeitigen kontinentalen Krise bilden. Das gilt für West- wie für Osteuropa gleichermaßen, wenn auch auf verschiedene Weise.« In den nach 1989 allenthalben ausgebrochenen Historikerstreiten meldet sich die Vergangenheit vehement zurück. Zugleich scheinen heute, nach dem Ende des Kalten Krieges, die alten Verdrängungsmechanismen abermals am Werk und neue Mythen im Entstehen. Nicht nur in Osteuropa: »Westeuropa schwimmt schon jetzt in einem Meer von Fehlerinnerungen an seine eigene Einstellung zum Kommunismus vor 1989.« So droht auch diesmal Europa auf historischem Sand neu- und umgebaut zu werden, »der mindestens genauso nachgiebig ist wie der Sand, auf dem das Nachkriegsgebäude errichtet worden war.«

Markus Meckel versucht, dieser Gefahr bewußt, eine Neubestimmung der Aufgaben einer gesamtdeutschen Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur des 20. Jahrhunderts.

Dieter Simon geht dem stets prekären und derzeit wieder einmal an einem Tiefpunkt angelangten Verhältnis zwischen Politik und Moral nach. Sein Beitrag gehört insofern eigentlich nicht zum Thema »Vergangenheiten«, im Gegenteil. Die Verbindung wird gleichwohl durch seine Diagnose eines »gesamtdeutschen Waschwangs« hergestellt, der sich in den Heucheleien der neuesten deutschen Vergangenheitsbewältigung äußert. »Das Westgewissen war außerordentlich schlecht. Denn man erinnerte sich gut, daß man vor fast 50 Jahren nicht nur jeglicher Säuberung auswich, sondern sich sogar den Gedanken an eine ›Selbstreinigung‹ untersagte, mit äußerst unangenehmen, Dezennien später auftretenden und heute noch fortwirkenden Folgen. Was der Westen nicht tat, sollte deshalb der Osten, der grundsätzlich vom Westen zu lernen hat, gründlich und perfekt nachholen. Man ist westlicherseits auch gern bereit, dabei zu helfen und besonders hohe Anforderungen an (...) das Ethos des Widerstandes zu stellen.«

Der polnische Schriftsteller Stefan Chwin nähert sich der Nachkriegsgeschichte aus einer besonderen Perspektive. Es ist der neugierige Blick eines Kindes, das versucht, die von den Deutschen verlassenen Straßen, Häuser und Gärten eines Danziger Vororts zu entziffern – eine Passage aus den Erinnerungen des Autors an eine Kindheit im Schatten von Stalin und Hitler.

Elemer Hankiss, bei Erscheinen dieses Heftes vielleicht nicht mehr Intendant des Ungarischen Fernsehens, berichtet in seinem Beitrag von den Schwierigkeiten (und dem Vergnügen), aus einer immer noch nützlichen Propagandamaschine ein öffentliches Medium zu machen. Leszek Kolakowski schließlich nimmt Stellung zum neuen Katechismus der katholischen Kirche.

Wien, im August 1993